



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Mitgliederumfrage zur KVG-Revision Managed Care: Volksabstimmung vom 17. Juni 2012

1. Inhalt der Gesetzesrevision

H+ führt eine Mitgliederbefragung zur Haltung gegenüber der KVG-Revision Managed Care durch als Basis für die Parolenfassung. Über die Vorlage wird am 17. Juni 2012 eine Volksabstimmung stattfinden.

Die KVG-Revision Managed Care (MC) beinhaltet folgende Punkte:

- Versicherte in integrierten Versorgungsnetzen haben einen Selbstbehalt von maximal 10% und eine maximale Franchise von 500 Franken (heute 700 Franken). Dies bei einer eingeschränkten freien Spital- und Arztwahl.
- Bei Versicherungsmodellen mit uneingeschränkter Arzt- und Spitalwahl gilt neu ein erhöhter Selbstbehalt von 15% (heute 10%) und eine maximale Franchise von 1'000 Franken (heute 700 Franken).
- Integrierte Versorgungsnetze sind Gruppen von Leistungserbringern (Ärzte, Spitäler, etc.), die sich zwecks Koordination der medizinischen Versorgung zusammenschliessen. Sie haben eine Budget- und Kostenmitverantwortung.
- *Krankenkasse wird verboten, selber Einrichtungen zur medizinischen Behandlung zu betreiben oder sich daran zu beteiligen.*
- Die Krankenkassen können integrierten Versorgungsnetzen vertrauensärztliche Aufgaben übertragen.
- Der Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen wird verfeinert um Morbiditätskriterien.

2. Die Geschichte der Revision

Die Managed Care-Vorlage hat eine längere Leidensgeschichte hinter sich. Die Behandlung im Parlament dauerte rund fünf Jahre mit einem aufwändigen Differenzbereinigungsverfahren. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung vom 30.9.2011 im Ständerat mit 28 zu 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen und im Nationalrat mit 133 zu 46 bei 17 Enthaltungen angenommen.

Am 19. Januar 2012 wurde das Referendum gegen die Gesetzesvorlage mit insgesamt 132'837 Unterschriften eingereicht (50'000 wären nötig gewesen). Das Referendum wurde von kantonalen Ärztegesellschaften, der FMH, Pulsus, VPOD und SP ergriffen.

Die heutige Gegnerschaft der KVG-Revision setzt sich zusammen aus FMH, fmch, VSAO, Gewerkschaften und von den Bundesratsparteien die SP. Befürworter sind die Hausärztervereinigung, economiesuisse, Gewerbeverband, und von den Bundesratsparteien die SVP, FDP und CVP, wobei noch keine dieser Parteien die offizielle Abstimmungssparole gefasst hat.

Bedeutend sind die „schweigenden“ Organisationen (GDK, Interpharma, VIPS, pharmasuisse, santésuisse und ASK), die sich zurzeit nicht engagieren und ihre Haltungen auch nicht offensiv kommunizieren.

3. Bewertung der Gesetzesrevision

H+ hat sich in der KVG-Revision Managed Care eher zurückgehalten. Aktiv engagierte sich H+ für die Verfeinerung des Risikoausgleichs. Erfolglos versuchte H+ während der parlamentarischen Behandlung, die beiden Themen Managed Care und Risikoausgleich auf zwei Vorlagen aufzuteilen.

H+ unterstützt generell – auch in der gesundheitspolitischen Grundsatzerklärung 2005 – integrierte Behandlungsnetze und Eigenverantwortung. Die KVG-Vorlage Managed Care beinhaltet neben diesen Aspekten aber Punkte, die kontrovers beurteilt werden durch Leistungserbringer, Versicherer und Patienten.

Positiv ist die Verfeinerung des Risikoausgleichs, welche die Risikoselektion der Krankenkasse weiter einschränken, wenn nicht gar verhindern soll. H+ steht voll hinter dieser Verbesserung des Risikoausgleichs und würde sich beim Scheitern der Gesamtvorlage auch für eine rasche Umsetzung des verbesserten Risikoausgleichs in einer dringlichen, separaten Vorlage einsetzen.

Ebenfalls positiv ist das ausdrückliche Verbot, dass Versicherer selber Betriebe für medizinische Behandlungen anbieten oder sich an solchen beteiligen.

Kritisch in der Vorlage ist die Einschränkung der erst mit der neuen Spitalfinanzierung erlangten erhöhten Spital- und Klinikwahl. Weiter bringt die Vorlage jenen Versicherten, die bereits heute in einem integrierten Versorgungsnetz versichert sind, keine Vorteile ausser einer geringfügigen Reduktion der gesetzlichen Franchise von CHF 700 auf 500. Hingegen werden Versicherte, die auf der uneingeschränkten Arzt- und Spitalwahl bestehen, in Zukunft eine höheren Selbstbehalt und eine höhere Franchise zahlen.

Die Anreize oder Fehlanreize durch die gesetzlich verankerte Budgetmitverantwortung von integrierten Versorgungsnetzen werden kontrovers beurteilt. Einerseits kann diese Mitverantwortung einen sorgfältigen und medizinisch korrekten Umgang mit den beschränkten Ressourcen im Gesundheitswesen unterstützen und belohnen, wie dies z.B. auch mit den Fallpauschalen SwissDRG angestrebt wird. Andererseits besteht dadurch ein erhöhtes Risiko der Vorenthaltung medizinisch notwendiger Leistungen.

4. Weiteres Vorgehen H+

- H+ führt bis zum 13. März 2012 eine Mitgliederbefragung durch.
- Der Vorstand H+ entscheidet am 29. März 2012 gestützt auf das Resultat der Mitgliederbefragung über eine Parole oder Stimmfreigabe.
- Bei einer Ablehnung der KVG-Revision am 17. Juni 2012 wird H+ eine Gesetzesrevision für die unverzügliche Verfeinerung des Risikoausgleichs fordern.

5. Referendumskomitees

Komitee "Freie Arztwahl für alle"

Präsident: Dr. med. Michel Matter, Genève

Vizepräsident: Dr. med. Marco Bianchetti, Sursee

Mitglied Präsidium: med. pract. Homayon Chaudhry, Zürich

Mitglieder: Dr. med. Hans-Ulrich Bürke, Zürich, Dr. med. Didier Châtelain, Genève, Dr. med. Tobias Eichenberger, Liestal, Dr. med. Florence Emery, Genève, Dr. med. Edgar Funke, Schaffhausen, Dr. med. Jean-Pierre Grillet, Genève, Dr. med. Claudine Gysin, Zürich, Dr. med. Jürg Jutzi, Bubendorf, med. pract. Ellen Kägi, Zürich, Prof. Dr. med. Marcus Maassen, Luzern, Dr. med. Dominique-G. Muret, Zürich, Dr. med. Markus Trutmann, Biel, Dr. med. Felix W. Eymann, Basel, Dr. Pierre-Alain Schneider, Genf

Komitee «Freie Arztwahl für alle»

c/o Medical Imaging Luzern AG

Theaterstrasse 7, 6003 Luzern

Telefon 041 227 20 30, Fax 041 227 20 31, pulsus@pulsus.info

oder

c/o Generalsekretariat fmCh, Theodor Kocher-Strasse 11, 2502 Biel / Bienne

Tel.: +41 32 329 50 00, Fax: +41 32 329 50 01, www.fmch.ch

Referendumskomitee „Nein zur Managed Care-Mogelpackung“

Dem Referendumskomitee gehören an (Stand 6.12.2011): *vpod* schweiz (Verband des Personals öffentlicher Dienste), VSAO Schweiz (Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte), VUA (Vereinigung unabhängiger Ärztinnen und Ärzte), AL Zürich (Alternative Liste), Unia Schweiz, VEMS Verein Ethik und Medizin Schweiz, VASOS (Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz), SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz)

c/o vpod

Postfach 8279

8036 Zürich